

## Nach Genf: Schikanen und Experimente

### SED wittert Morgenluft — Gefährliche Dummheiten

Wie sehr die SED vom Ausgang der Genfer Konferenz befriedigt ist, zeigen die jetzt überall in der Zone durchgeführten Großkundgebungen mit Spitzenfunktionären der SED. Im Vordergrund dieser Demonstrationen stehen das Schlagwort von der „Existenz zweier deutscher Staaten“ und die Beschlüsse eines sogenannten „25. Plenums der SED“. Die drohende Klippe der Wiedervereinigung scheint für die SED umschifft. Im Glauben, nun nach freiem Ermessen handeln zu können, leitet sie eine Kette gefährlicher politischer Dummheiten ein. Dummheiten, die vorerst in neuen Wirtschaftsexperimenten und Schikanen in den Ost-West-Beziehungen bestehen.

Dieses vielbesprochene „25. SED-Plenum“ ist die Konsequenz der von Molotow gegebenen Absage an die deutsche Wiedervereinigung. Es wurde einberufen, nachdem die Sowjets der SED garantierten, daß weder die Zonenregierung noch die kommunistischen „Errungenschaften“ in diesem Gebiet zugunsten einer Wiedervereinigung geopfert würden. Auf Grund einer solchen Rückversicherung legt nun die SED mit seltener Offenheit ihr Programm für 1956 dar.

#### Traum „Agrostadt“

Nach wie vor dominiert der Ausbau der Schwerindustrie, die Schaffung eines sowjetzonalen „Ruhrgebiets“. Aber als zweiter Schwerpunkt tritt die Landwirtschaft hinzu. Das Jahr 1955 hat gezeigt, daß man auf dem Lande zwar die Besitzverhältnisse zu ändern vermochte, nicht aber dadurch den Ertrag zu steigern. Unfähig, die tiefen Ursachen dafür zu erkennen, leitet die SED eine neue Strukturänderung ein:

1. An zwei Stellen will man größere Produktionsgenossenschaften zu einer „Agrostadt“ sowjetischen Musters zusammenlegen.

2. Neue Produktionsgenossenschaften sollen strukturell so geliedert werden, daß man sie später leichter zu diesen Agrostädten zusammenfassen kann.

3. Die ländlichen SED-Leitungen werden gesäubert und weitgehend durch Stadtfunktionäre ersetzt.

4. Neue wirtschaftliche Druckmaßnahmen gegen Bauern, die der Kollektivierung widerstehen.

Das eine Projekt, die Agrostädte, deutet auf Größenwahn. Während sich noch nicht einmal die Muster-LPG's wirtschaftlich zu festigen vermochten, geht man auf Dinge aus, an denen man sogar in der Sowjetunion noch experimentiert und mit denen man in Ungarn bereits gescheitert ist. -

#### Sorge um die Industrie

Die schwerindustrielle Basis wird in einem Maße verbreitert, das finanziell nicht mehr bewältigt werden kann. Die SED spekuliert auf Sowjethilfe. Was aber, wenn die Sowjets — wie häufig — selbst in Schwierigkeiten kommen?

Die Facharbeiterflucht droht zur Katastrophe zu werden. Man nimmt Fluchtverdächtigen bereits die Personalausweise ab. Die jüngste Sorge gilt der technischen Intelligenz. Ernüchtert von den jüngsten SED-Erklärungen, gehen viele Wissenschaftler und Techniker in die Bundesrepublik. Die Folge ist ein industrieller Überwachungsapparat, der in eine Massenbesitzung auszuarten droht. Viele fliehen erst aus diesem Grund.

Die Zonenflucht hat in den letzten beiden Wochen zu systematischen Abriegelungen ganzer Fernverkehrsstrecken geführt. Jetzt droht man den Angehörigen von „Republikflüchtigen“ mit Zwangsumsiedlung und Besitzbeschlagnahmen. Die Folge: noch mehr Flüchtlinge, von denen viele für die Zonenwirtschaft unersetzlich sind. Das freie Handwerk soll 1956 durch staatliche Zwangsinvestitionen verschuldet und in Handwerker-Produktionsgenossenschaften getrieben werden. Die Selbständigen werden gezwungen, staatliche Gelder aufzunehmen, indem man ihre Produktion für volkswirtschaftlich unrentabel erklärt. Weigern sie sich, entzieht man ihnen die Materialbasis. Der neue Plan sieht Materialvergaben nur für solche Privatbetriebe vor, die „in Koordination mit VEBs arbeiten.“

#### Die Schikanen

Die Volkspolizei hat eine Pressekampagne gegen „Verkehrgefährdung auf den Autobahnen“ eingeleitet. Es gibt Beweise dafür, daß hier nur eine Störung der Zufahrtslinien nach Berlin beabsichtigt ist. Ostberliner, die in Westberlin arbeiten, werden diffamiert und zur Arbeitsniederlegung gezwungen. Die Zensurbestimmungen werden verschärft.

Das Schlagwort von den „zwei deutschen Staaten“ soll beide Teile Deutschlands als „Ausland“ gegenüberstellen, damit die SED indessen ungestört ihren „Sozialismus“ aufzubauen vermag. Noch sind es Nadelstiche nach außen und versorgunggefährdende Experimente im Inneren. Morgen aber kann es schon eine gefährliche Krise des SED-Staates bedeuten, der sich hier zweifellos politisch und ökonomisch übernommen hat.



## Kontakte und Kontakt-Gifte

DT. In Genf ist nicht nur die Lösung der Deutschlandfrage gescheitert, sondern bedauerlicherweise auch jeder Versuch, den Eisernen Vorhang ein wenig zu lüften. Wenn die Völker, die auf engem Raum miteinander leben müssen, sich nicht gegenseitig kennen und nicht in freier Meinungsbildung ihre Gedanken, Hoffnungen und Befürchtungen austauschen, dann können schließlich auch die Konferenzen der Staatsmänner nichts Gutes bewirken. Es ist deshalb notwendig, daß man im Westen über das sowjetische Nein zu der Verbesserung der ost-westlichen Kontakte und auch über die bedenkliche Situation, aus der dieses Nein kommt, einige Überlegungen anstellt. Das müssen allerdings Überlegungen sein, die auch zu einer bestimmten Haltung und sogar zu Handlungen führen.

### Bedenklicher Kontrast

Das ist um so wichtiger, als die sowjetische Politik ohnehin durch besondere Umstände außerordentlich begünstigt ist: In den westlichen Ländern ist alles Kommunistische im Namen der Freiheit zugelassen und erlaubt, während der sowjetische Machtbereich gegen jede westliche Regung eisern abgeriegelt wird. In den westlichen Ländern bestehen kommunistische Parteien, Organisationen und Einrichtungen jeder Art, die insgesamt von Moskau gelenkt und kontrolliert werden. Es gibt kommunistische Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und jede Art kommunistischer Propaganda. Es gibt sogar nichtkommunistische Politiker und Publizisten, die mit ihrem noch „bürgerlich“ schillernden, aber bereits aufgewickelten Intellekt dem Kommunismus gute Dienste leisten.

Man muß diesen Kontrast einmal bedenken: die fast unbegrenzte kommunistische Tätigkeit im Westen und die totale Unterdrückung jedes westlichen Gedankens im Osten. Dann ist leicht zu begreifen, wie wenig Moskau daran gelegen ist, einen solchen Zustand zu ändern. Das wäre ein Geschäft, das die Sowjets nicht lieben; sie lehnen

deshalb alle echten Kontakte — und das sind die freien menschlichen Kontakte — konsequent ab.

Sie verlassen sich lieber auf die kommunistischen Kontakt-Gifte, die dem Westen von der kommunistischen Propaganda im eigenen Lande täglich verabreicht werden und von denen einige westliche Länder bereits empfindlich krank sind. Die Mächtigen im Kremel brauchen nur auf einen der vielen Knöpfe zu drücken, die ihre Befehle zu den kommunistischen Filialen in den Ländern der freien Welt vermitteln, und schon gibt es: einen Streik in Frankreich, eine Protestwelle gegen die italienische Regierung, einen Resolutionssturm gegen die „Kriegshetzer“ in Bonn, eine „Unterstützungskampagne“ für einen ehrlichen Lohnkampf in der Bundesrepublik und — genau nach Bestellung — auch eine Sympathiewelle für den Kremel selbst, den „besten Freund“ Deutschlands und der Wiedervereinigung. So sieht das aus, und das läßt man sich bieten!

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob die Gelassenheit, mit der die westliche Welt die Handlanger Moskaus an der eigenen Freiheit teilhaben läßt, eine Stärke oder eine Schwäche ist. Eine Schwäche ist sie jedenfalls im Hinblick auf die diplomatische Auseinandersetzung mit der sowjetischen Politik. Während der Kremel im eigenen Machtbereich die Freiheit total unterdrückt, ist sie ihm in den anderen Ländern eine ständige Versuchung und Verlockung. Er rechnet noch immer damit, daß die Filialen seiner Macht und Propaganda, die er dort unterhält, schließlich den angestrebten Erfolg haben. Er rechnet mit anderen, in der Sowjetunion unbekanntem Möglichkeiten der Freiheit: nämlich mit der Kraft zur Veränderung, die sie in sich hat. Also wartet er auf die Wahlen in Frankreich, auf die Präsidentschaftswahlen in den USA, auf die Bundestagswahlen von 1957 und — auf einen Nachfolger Adenauers.

### Wir sollen weich werden!

Solche Bestrebungen richten sich in der nächsten Zeit vor allem gegen die Bundesrepublik. Das Genfer Nein Moskaus in

der Deutschlandfrage verfolgt nicht zuletzt den Zweck, durch die scheinbare Ausweglosigkeit, in die der Kremel dieses Problem hineinmanövriert hat, die Deutschen zu ermüden, zu entmutigen und mit seelischem Druck für die sowjetische Lösung reif zu machen. Das aber heißt: reif für die Loslösung der Bundesrepublik aus der westlichen Gemeinschaft und für die sowjetische Hörigkeit Gesamtdeutschlands.

### Das hängt von uns selbst ab

Es hängt ganz überwiegend von uns selbst ab, ob die Sowjets rechtzeitig erkennen, daß sie ihr Ziel nicht erreichen werden. Wir alle sind uns darüber einig, und am meisten die Deutschen in der Zone, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht kommunistisch sein oder werden darf.

Die große, die ganz große Mehrheit unseres Volkes aber ist entschlossen, ihre deutsche und europäische Art zu denken und zu leben mit aller Kraft zu behaupten und sich gegen jeden Versuch einer Sowjetisierung Westdeutschlands und Gesamtdeutschlands zur Wehr zu setzen. Sie empfindet die Verweigerung der deutschen Einheit als eine feindselige Haltung Moskaus. Feindselig ist sie in überzeugender Weise deshalb, weil Moskau ein wiedervereinigtes Deutschland gegen unseren Willen nach dem abstoßenden Bild seines Pankower Satelliten gestaltet sehen will.

Die feindselige Haltung gegenüber den nationalen Interessen Gesamtdeutschlands teilen mit den Sowjets auch alle kommunistischen Organisationen, die von Moskau gegründet und gelenkt werden. Das gilt nicht zuletzt auch für die „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“, die dazu bestimmt ist, nicht die Freundschaft, sondern ein deutsches Hörigkeitsverhältnis zur Sowjetunion zu pflegen. Wir erwarten, daß diese und andere Organisationen, die der Meinung sind, im Zeichen diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Moskau eine politische Narrenfreiheit in der Bundesrepublik zu gewinnen, über ihren Irrtum drastisch aufgeklärt werden. Eine deutsch-

(Fortsetzung nächste Seite)



## Adenauer wieder im Amt

Bonn (AP/DPA). Bundeskanzler Adenauer wird voraussichtlich Ende dieser Woche seine Amtsgeschäfte offiziell wieder aufnehmen.

Nach Mitteilung des Bundespresseseamtes ist der Bundeskanzler wieder soweit genesen, daß er sich ohne Bedenken der Ärzte wieder völlig seinen Regierungsgeschäften widmen kann.

Bereits in der letzten Zeit hatte sich Adenauer immer aktiver wieder in das politische Geschehen eingeschaltet. Außer seinen mehrstündigen Verhandlungen mit den Außenministern Frankreichs und Belgiens, Pinay und Spaak, hatte der Kanzler mit führenden Politikern, unter ihnen die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien, zahlreiche Gespräche geführt.

Den Pressevertretern war schon in der vergangenen Woche bei dem Besuch des französischen Außenministers aufgefallen, daß Adenauer einen frischen und munteren Eindruck machte. Pinay hatte anschließend erklärt, daß der Bundeskanzler ihm fast verjüngt erscheine. In den letzten Tagen hatte Adenauer ausgedehnte Spaziergänge unternommen.

## Lilje bei Nasser

Kairo (epd/DPA). Der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Landesbischof D. Lilje, der aus Anlaß der gesamtafrikanischen Lutherischen Konferenz in Marangu in Afrika weilte, ist vom ägyptischen Ministerpräsidenten Nasser in Kairo empfangen worden. Lilje wurde vom deutschen Botschafter in Ägypten, Dr. Walther Becker, begleitet. In der deutsch-evangelischen Kirche Kairo holt der Bischof die Sonntagspredigt.

## Die Nachfolge von Tillmanns

Kandidaten sind von Hassel und Schröder

Bonn (Eigenmeldung). Bei einer Besprechung, die Bundeskanzler Dr. Adenauer mit leitenden CDU-Persönlichkeiten hatte, ist unter anderem die Neuordnung der Parteiführung erörtert worden.

Wie man hört, sollen der Posten des zweiten Parteivorsitzenden und die Stellung des

## Berlins Forderung an die Welt

50000 demonstrierten — „Das Volk wird ungeduldig“

Berlin (Eigenbericht). Für die Wiedervereinigung Deutschlands, für ein vereinigtes Berlin, für Freiheit und für das Recht auf Selbstbestimmung sowie gegen den ergebnislosen Verlauf der Genfer Außenminister-Konferenz haben fünfzigtausend Berliner aus beiden Stadtteilen vor dem Schöneberger Rathaus demonstriert. Immer wieder von Beifall unterbrochen, forderten Sprecher des Senats, des Abgeordnetenhauses, der Parteien, der Gewerkschaften und der Jugend, zugleich auch im Namen der Bevölkerung der Sowjetzone, die Welt auf, das Deutschlandproblem endlich zu lösen.

Ihren Höhepunkt erreichte die eindrucksvolle Kundgebung, als die Menge barhäuptig zum ersten Male bei einem derartigen Anlasse vor dem Rathaus, die dritte Strophe des Deutschlandliedes sang und danach schweigend beim Geläut der Freiheitsglocke verharrte.

„Die Welt wird ihre Ruhe nicht finden, bevor Deutschland nicht wiedervereinigt ist. Wir wollen nichts weiter als das von den Vereinten Nationen für alle Völker garantierte Recht auch für unser deutsches Volk: Freie Selbstbestimmung durch freie Wahlen! Dafür zu kämpfen, dieses Ziel zu erzwingen, deshalb stehen wir hier.“ Dies erklärte der Regierende Bürgermeister Suhr.

Suhr gab bekannt, daß der amerikanische Außenminister Dulles in einem Privatschreiben die Entschlossenheit seiner Regierung bekundet habe, weiter für die Wiedervereinigung Deutschlands zu arbeiten.

Der Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Ernst Lemmer, forderte Ulbricht und Grotewohl zu einer echten Volksabstimmung auf. Die Bevölkerung der Sowjetzone sollte darüber entscheiden, ob sie die sogenannten Errungenschaften der DDR bejahen oder vernein.

Sollten die Sowjetzonenmachthaber die Ansicht vertreten, daß an einer solchen Abstimmung nicht „klassenfremde Elemente“ teilnehmen dürften, so sollten sie, rief Lemmer unter Beifall und Gelächter aus, die sogenannte Arbeiterklasse doch allein abstimmen lassen. „Die genügt! Diese Abstimmung wäre ein neuer, unblutiger 17. Juni!“

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Willy Brandt, rief als letzter Redner aus: „Die Welt möge erkennen, dieses deutsche Volk wird ungeduldig. Das deutsche Volk läßt sich nicht zu den Akten legen.“

Zum Schluß forderte Brandt die Berliner auf, sich zu vereinen in dem Bekenntnis der Nationalhymne: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland.“

## Kontakte und Kontakt-Gifte

Fortsetzung v. Seite 2

sowjetische Freundschaft pflegen wir selbst, wenn mit der Wiedervereinigung Deutschlands die Voraussetzungen zu ihr gegeben sind, und zwar frei und unabhängig und unter absolutem Ausschluß jeder volkdemokratischen Hörigkeit. Wir werden das alles erreichen, wenn wir uns treu bleiben — ganz stur in dem Willen, unter keinen Umständen auf eine Lösung der deutschen Frage einzugehen, die unsere Freiheit verrät oder gefährdet. Berlin hat am Sonnabend für diese Haltung, die sowohl von der absoluten Immunität gegen das sowjetische Kontakt-Gift wie auch von dem Willen zu guter Verständigung bestimmt ist, ein neues Beispiel gegeben. Nicht mehr ist zum Erfolg nötig, als daß der deutsche Westen sich dieser Haltung anschließt.



## Im Zeichen der traditionellen Freundschaft

Brentano in Wien — Regelung offener Fragen

Wien (AP/DPA). Die deutsch-österreichischen Verhandlungen zwischen den beiden Außenministern von Brentano und Figl sind in Wien in einer Atmosphäre herzlicher Freundschaft erfolgreich abgeschlossen worden. Das Kommuniqué bestätigt den Beschluß der Minister, ihren Regierungen die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen und den sofortigen Austausch von Botschaftern vorzuschlagen.

Eine gemischte deutsch-österreichische Kommission soll unverzüglich Besprechungen über die noch offenen wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und rechtlichen Fragen zwischen beiden Staaten aufnehmen. Arbeitssitz der Kommission ist Wien.

In dem Kommuniqué wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Bundesrepublik die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs anerkennt. Von österreichischer Seite wurde versichert, daß man alles unternehmen werde, um die gut nachbarlichen Beziehungen zu festigen und zu vertiefen.

Außenminister von Brentano gab auf einer abschließenden Pressekonferenz der Überzeugung Ausdruck, daß auf Grund der nun geschaffenen freundschaftlichen Atmosphäre alle schwebenden Fragen schnell gelöst werden könnten. Er fahre befriedigt und mit dem Glauben nach Bonn zurück, daß man auf dem besten Wege sei, die traditionell freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern wiederherzustellen und

einen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Die Frage, ob in den Besprechungen auch das Verhältnis Österreichs zur „DDR“ behandelt worden sei, beantwortete von Brentano mit der Feststellung, daß die außenpolitischen Beziehungen Sache der österreichischen Regierung seien. Es gebe jedoch nur eine legitime deutsche Regierung.

## Heimkehrer-Transporte zurückgeschickt

Wien (AP/DPA). Österreichische Heimkehrer aus der Sowjetunion teilten bei ihrer Ankunft in Wien mit, die Russen hätten die Rückkehr deutscher Gefangener abgebrochen, weil man in der Bundesrepublik die „Kriegsverbrecher wie Helden“ empfangen habe.

Diese Begründung sei ihnen vor ihrer Abfahrt von Moskau als Warnung gegeben worden. Einige große Transporte, die sich schon westlich von Moskau befanden, seien wieder zurückgebracht worden.

Andere Transporte sind nach den Berichten der Heimkehrer auf Nebengleisen abgestellt worden.

## „Durch und durch heuchlerisch“

Ungewöhnlich scharfe Erklärung aus London gegen Bulgarien

London (AP/DPA). In ungewöhnlich scharfer Form hat sich das britische Außenministerium gegen die Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Bulganin in Neu Delhi gewandt, daß die Wiedervereinigung Sache des deutschen Volkes sei und daß die sowjetische Außenpolitik auf dem Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Völker bestehe.

In einer Erklärung stellt das britische Außenministerium mit dem sonst nicht üblichen Hinweis, die britische Regierung wünsche hierzu Stellung zu nehmen, fest:

„Die Tatsache, daß es ein zweigeteiltes Deutschland gibt, beruht ausschließlich darauf, daß sich die Sowjetunion in die Angelegenheiten Deutschlands

eingemischt hat. Ohne diese Einmischung wäre das sowjetische Regime nicht entstanden und könnte nicht weiterexistieren. Wenn es Marschall Bulganin ernst damit ist, daß die deutsche Frage gelöst werden kann, wenn man dies den Deutschen selbst überläßt, so stimmen wir dem völlig zu. Die britische Regierung kann jedoch nicht zulassen, daß einigen Männern in Pankow, denen vom deutschen Volk keinerlei Auftrag erteilt worden ist, das Recht eingeräumt werden soll, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verhindern.“ Die sowjetische Propaganda, so heißt es in der Erklärung weiter, bemühe sich, die Dinge so darzustellen, als ob das Hindernis für die Wiedervereinigung die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur NATO sei. Molotow habe jedoch in Genf klargestellt, daß die deutsche Einheit nur wiederhergestellt werden könne, wenn das „verhaßte System Ostdeutschlands“ auf Westdeutschland ausgedehnt werde. Die Äußerungen Marschall Bulganins müßten daher als „durch und durch heuchlerisch“ bezeichnet werden.

## Saar will Bundesland werden

Vorsitzende der deutschen Parteien in Bonn

Bonn (AP/DPA). Die Vorsitzenden der drei deutschen Saar-Parteien, Dr. Ney (CDU), Dr. Schneider (DPS) und Conrad (SPD Saar) haben vor dem Bundestagsausschuß für gesamtdeutsche Fragen in Bonn gefordert, daß die Saar politisch ein Land der Bundesrepublik wird.

Gleichzeitig sprachen sich die drei Vorsitzenden für die Schaffung von Möglichkeiten aus, auf wirtschaftlichem Gebiet Verhältnisse herzustellen, die die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar und die wirtschaftlichen Interessen der

Saar in Frankreich ausgleichen.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Wahlgesetzes für die Landtagswahlen am 18. Dezember durch den saarländischen Landtag gaben die drei deutschen Saar-Parteien eine Erklärung ab, in der sie für eine Beseitigung der Spaltung, die der Abstimmungskampf in die Bevölkerung getragen hatte, appellierten. Um zur inneren Befriedigung zu kommen, wollen sie in dem bevorstehenden Wahlkampf auf den Gebrauch des Wortes „Separatist“ oder gleichartiger Ausdrücke verzichten.



## Vorsicht vor „Pflegeverträgen“

### Staatliche Wohnungsverwaltungen wälzen Verantwortung ab

In Ostberlin läuft zur Zeit eine Popularisierungskampagne für „Pflegeverträge“ zwischen Hausgemeinschaften und den „Volkseigenen Wohnungsverwaltungen“. Die Mieter sollen darin die Verantwortung für die Verwaltung und Instandsetzung der in Staatsbesitz befindlichen Wohnhäuser selbst übernehmen. Das gleiche Experiment ist für andere Zonenstädte geplant. Es ist daher ratsam, sich mit den Erfahrungen solcher Hausgemeinschaften zu befassen, die schon vor einem Jahr einen „Pflegevertrag“ eingegangen sind.

Die „Volkseigene Wohnungsverwaltung“ Berlin-Lichtenberg hat im vergangenen Winter erstmals acht Wohnhäuser den Mietern in „persönliche Pflege“ gegeben. Als Grund wurde Personaleinsparung im Verwaltungsapparat angegeben. Das Personal der „VWV“ wurde jedoch im Gegensatz dazu vergrößert.

Den Mietern wurde nun versprochen, sie sollten nach eigenem Ermessen über die zum Wiederaufbau zerstörter Häuser bereitgestellten Mittel verfügen. In diesem Falle waren es insgesamt 80 000 DM. Ehe diese Mittel jedoch freigegeben wurden, berief die Verwaltung eine nur von Hausvertrauensleuten und SED-Mietern besuchte Versammlung ein, auf der man sich verpflichtete, 30 Prozent dieser Summe einzusparen. Somit waren es nur noch 56 000 DM. Eines der acht Häuser hatte nahezu Total-schaden!

Im Frühjahr 1955 wurden insgesamt 11 Wohnungen instandgesetzt. Zufällig waren es die Wohnungen der im Pflegevertrag als „hauptverantwortlich“ eingetragenen Funktionäre. Als das Geld ausgegeben war, ohne daß man die regendurchlässigen Dächer reparieren konnte, lehnte die Verwaltung jede weitere Hilfe ab und berief sich auf den Pflegevertrag. Den Hausbewohnern blieb nichts weiter übrig, als das Dach auf eigene Kosten abdecken zu lassen bzw. sich selbst an den Arbeiten zu beteiligen. Hätten sie keinen Pflegevertrag unterzeichnet, wären ihnen diese Gelder und Arbeitsstunden auf die Miete angerechnet worden. So aber „stand es ja im Vertrag“.

#### Ein schönes Geschäft

Die „Volkseigene Wohnungsverwaltung“ Friedrichshain hat durch etwa 300 Pflegeverträge für den Interzonenhandel hat im

im Zeitraum eines halben Jahres mehr als eine Viertelmillion Ost-Mark eingespart! Zuletzt wurden schon keine Besen und Scheuertücher mehr für den Hauswart geliefert, weil ein Passus des Vertrages besagte: „Die Mieter kommen auch für die Instandsetzung der elektrischen Anlagen und für die Reinhaltung des Treppenhauses auf!“ Jeder hatte das auf die normalen Grundregeln der Sauberhaltung eines Wohnhauses bezogen!

Die Staats-Wohnungsverwaltungen rechnen damit, daß sie mit jedem Pflegevertrag pro Haus und Jahr im Durchschnitt 2000 DM einsparen. Ihre Arbeitsweise ist verblüffend einfach: Die Verantwortung wird auf die Unterzeichner des Vertrages umgelegt. Diesen wird pro forma jene Summe zur Verfügung gestellt, die man für das

Haus im Plan vorgesehen hat. Die Pflegepartner verpflichten sich in der Regel, 25 bis 40 Prozent dieser Summe „durch freiwillige Selbstarbeit“ einzusparen. Von dieser Selbstverpflichtung erfahren die Mieter oft erst nach der Unterzeichnung, weil das inzwischen der Hausvertrauensmann besorgte. Der hatte nämlich ohne Ankündigung des Diskussionsthemas eine Hausversammlung einberufen, zu der niemand hingegangen ist, und dann „in Abwesenheit“ beschlossen.

Die Auswirkungen des Vertrages spürt der Mieter nach der ersten Geld-Umlage. Er kann sich dann überlegen, ob er „freiwillige Reparaturstunden“ abarbeiten will oder die Handwerker aus eigener Tasche bezahlen. Hat er somit geholfen, etwa insgesamt 3000 DM einzusparen, bekommt die Hausgemeinschaft einen „Waschbär“ (Schallwaschgerät) geschenkt, das nach 14 Tagen unbrauchbar in einer Kellerecke steht. Jeder, der diesem „Pflegevertrag“ zustimmt, sollte ihn sich daher zuvor einmal durchlesen. Unterzeichnen muß ihn nämlich nur der Hausvertrauensmann.

## Pankow sagte stets nur: Njet!

### Vergehliche Bemühungen um Erleichterungen im Interzonenverkehr

Bonn. Die Behörden der Sowjetzone haben bisher alle Erleichterungen für den Reiseverkehr zwischen dem Bundesgebiet, der Zone und Westberlin verweigert, die von der Bundesregierung und der Bundesbahn angestrebt worden waren. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Bundestags vom Mai dieses Jahres hatte sich die Bundesregierung in den letzten Monaten lebhaft bemüht, solche Erleichterungen zu erreichen. Politische Kreise in Bonn halten dies insofern für bemerkenswert, als nach dem ergebnislosen Ausgang der Genfer Konferenz erneut das Verlangen laut wurde, in Verhandlungen mit Pankow für eine Normalisierung des Verkehrs mit der Sowjetzone zu sorgen.

Die Berliner Treuhandstelle für den Interzonenhandel hat im

Rahmen ihrer Besprechungen mit den Sowjetzonen-Stellen mehrfach die Wiedereröffnung der geschlossenen Grenzkontrollpunkte gefordert. Beauftragte der Sowjetzone lehnten die Verhandlungen ab und erklärten, darüber könne nur auf Regierungsebene zwischen Bonn und Pankow gesprochen werden. Auch die Bundesbahn trat bei Besprechungen mit Vertretern der sowjetzonalen Reichsbahn für die Wiedereröffnung geschlossener Grenzübergänge und für die Öffnung neuer Grenzübergänge an der Zonengrenze ein. Die Reichsbahn ging darauf bisher nicht ein.

Die Kontrolle der Interzonen-Reisenden ist auf dem Gebiet der Bundesrepublik teilweise schon wesentlich verkürzt worden.



## Ein vernichtendes Volksurteil

**Jakob Kaiser: Die Hoffnung bleibt, daß man sich näher kommt**

Berlin (Eigenmeldung). „Ich würde mich selbst der Sünde leerer Vertröstungen schuldig machen, wollte ich die Gegensätze verkleinern, die erneut und sogar verstärkt in Genf zutage getreten sind“, erklärte Bundesminister Jakob Kaiser in einer Bundfunkansprache. „Aber da wir von dem Willen der vier Mächte, die Gespräche nicht abreißen zu lassen, auf wirklichen Verständigungswillen schließen dürfen, bleibt die Hoffnung, daß man sich schließlich doch näherkommen kann.“

Kaiser betonte die Verpflichtung aller Deutschen, zur Wiedervereinigung beizutragen. Man brauche nicht gleich die Gefahr zweiseitiger Verhandlungen am Horizont aufziehen zu sehen, wenn man hoffe, daß auch die Errichtung der Botschaften in Bonn und Moskau Klärungen im Dienst einer allgemeinen Verständigung bringen könnte.

Auf die sogenannten Errungenschaften der Sowjetzone eingehend, dachte Kaiser den Vorschlag, den 17 Millionen Zonen-Bewohnern endlich einmal die

Möglichkeit zu geben, sich frei über diese Errungenschaften zu äußern. Allerdings sei der Strom der Zonen-Flüchtlinge schon jetzt ein „Volksurteil“ über diese Errungenschaften. „Wir wären bereit, mit Vertretern der Zone darüber zu sprechen. Aber es müssen freigewählte Vertreter sein, die autorisiert sind, für das Volk zu sprechen.“ Der Minister erklärte abschließend, Genf habe mehr denn je bewiesen, daß der Friede ein Phantom ist, wenn Deutschland geteilt bleibe.

## Das sind die „Errungenschaften“

DI. Was sich auf der letzten Tagung des Zentralkomitees der SED bereits ankündigte, wird jetzt in den kommunistischen Reden und Aufsätzen offenbar: An die Bevölkering der sowjetischen Besatzungszone und Ostberlins werden von dem Pankower Regime neue, höhere Anforderungen gestellt und neue Entbehrungen werden gefordert. Der gestrige Leitartikel des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“ macht viele Worte über die „neuen Aufgaben der Industrie“. Sie werden gebraucht, um die häßliche Wirklichkeit nicht allzu deutlich und grob in Erscheinung treten zu lassen. Die sieht nämlich so aus:

1. „Notwendigkeit des schnelleren Wachstums der Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüter-Industrie“. Das heißt: die Indienstnahme der Sowjetzone durch die sowjetische Wirtschaftspolitik ist wichtiger als die Versorgung der Bevölkerung in der Zone mit Konsumgütern.

2. „Erziehung der Werktätigen zu höherer Arbeitsmoral und zur sozialen Arbeitsdisziplin, die in der Vollaussnutzung des Arbeitstages... ihren Ausdruck findet“. Das heißt, daß die

innere Ordnung in den sogenannten volkseigenen Industriebetrieben noch mehr Polizeicharakter bekommen soll.

3. „Erhöhung der Normen“. Heuchlerisch wird gesagt, daß diese Erhöhung nicht mit einer Senkung des Lohnes, sondern mit der Steigerung der Produktivität verbunden werden soll. Man wird also die Lohnsätze zwar unverändert lassen, aber höhere Leistungsnormen auferlegen, so daß mehr Leistung erpreßt werden kann, ohne daß mehr Lohn gezahlt wird.

In die normale Sprache übersetzt heißt das, daß nach dem Willen des Pankower Regimes die Arbeiterschaft mehr und härter arbeiten soll, aber nicht auf eine Erhöhung ihres Lebensstandards rechnen darf.

Und das nennen sie Errungenschaften!

## Vopo verschärft Kontrollen

Berlin (DPA). Verschärfte Kontrollen durch Volkspolizei im Interzonenverkehr sind von zuständiger sowjetzonaler Seite angekündigt worden. Der Chefinspekteur der Zonenverkehrspolizei, Anstett, erklärte hierzu, ein großer Teil der Kraftfahrer aus der Bundesrepublik und aus Westberlin füge sich den in der Zone geltenden Verkehrsvorschriften. Bei manchen Kraftfahrern „fehle aber offenbar der Wille zur Disziplin“.

Infolgedessen sei die Volkspolizei gezwungen, ihre Kontrolltätigkeit zu verstärken und gegen Verkehrsstünder mit den notwendigen Erziehungs- und Strafmaßnahmen einzuschreiten.

## Dibelius in Jüterbog

Berlin (epd). Nach den Besatzungsfeierlichkeiten für den verstorbenen Bundesminister Dr. Robert Tillmanns ist Bischof D. Dibelius nach Jüterbog gefahren, um an der 100-Jahrfeier des Johanniterkrankenhauses teilzunehmen.

## Die zwölfte Million

Berlin (Eigenmeldung). Der Berliner Senat hat beschlossen, zur Deckung der durch die erhöhten Straßenbenutzungsgebühren entstandenen Unkosten im Verkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik eine weitere Million DM zur Verfügung zu stellen. Insgesamt sind nunmehr zwölf Millionen DM bewilligt worden. Bundesfinanzminister Schäffer soll, wie verlautet, dem Senat mitgeteilt haben, daß diese und künftig noch zu zahlenden Beträge vom Bund übernommen werden, wenn der Senat in Verhandlungen mit dem Fernomnibus-Gewerbe erreicht, daß für die Omnibusfahrten keine Subventionen mehr gezahlt zu werden brauchen.

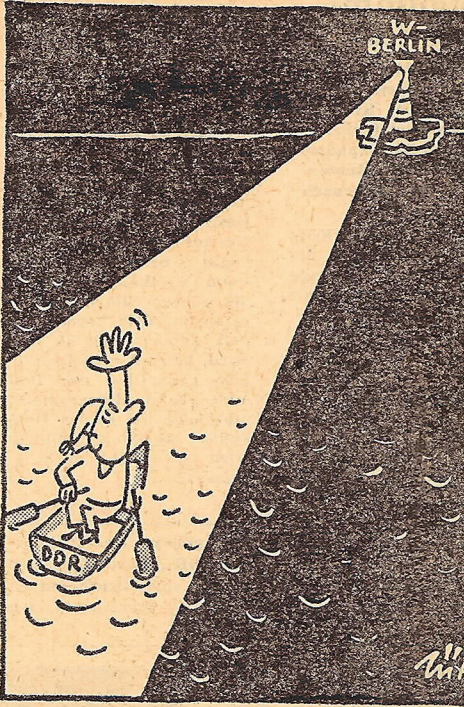
## Suchdienst erbittet Fotos

Der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, Berlin-Dahlem, Im Dol 2, bittet alle Angehörigen von vermißten Soldaten und verschollenen Kriegsgefangenen, umgehend Fotos in Paßbildgröße von den Vermißten und Verschollenen einzusenden, Auf

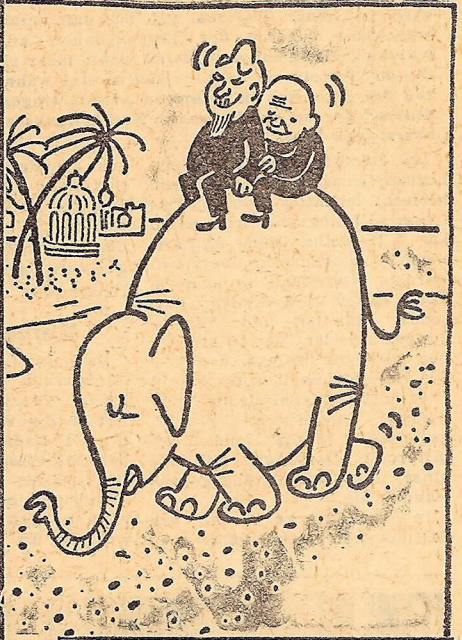
der Rückseite des Fotos sollen die Personalien des Gesuchten und dessen letzte Feldpost- oder Lagernummer angegeben sein. Diese Fotos werden zu Bildlisten zusammengestellt, die allen Helmkehrern vorgelegt werden,



Bulgaria in Indien



Leuchttfeuer



Dickhäuter

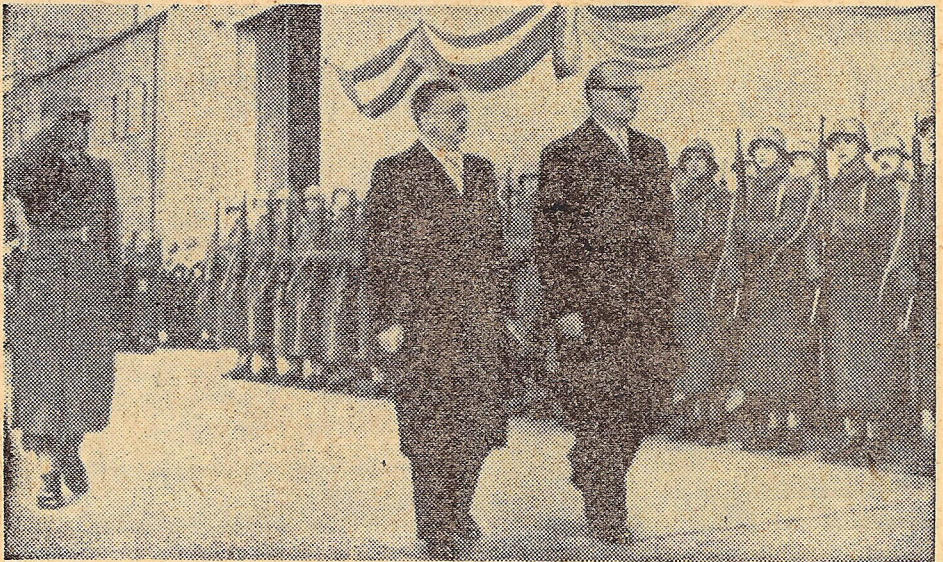


BILD DER WOCHE: Bundesaußenminister von Brentano (rechts) schreitet in Wien zusammen mit Außenminister Figl eine österreichische Ehrenkompanie ab.



## Strohsack 1955: Schaumgummi

In der „Musterstube“ der Kaserne Andernach

Andernach (DPA). Der künftige Soldat der Bundesrepublik wird in seiner Kaserne auf Schaumgummimatratzen ruhen. Strohsäcke gehören der Vergangenheit an. Zivile Kleiderschränke, die in ihrem Äußeren nichts mehr mit einem früheren „Spind“ gemeinsam haben, schaffen eine wohnliche Atmosphäre, von der man sich in mehreren bereits eingerichteten „Muster-Stuben“ der ersten deutschen Nachkriegskaserne in Andernach überzeugen kann.

Im Bereich des ehemaligen Luftwaffenlazarets Andernach herrscht lebhafter Betrieb. Das Lager soll möglicherweise schon am 1. Dezember dem militärischen Vorkommando übergeben werden. Noch fehlt es aber an allen Ecken und Enden. Reisende, Händler und Verbindungsleute der Wirtschaft geben sich die Klinke der Tür zur Baracke, an der das Schild „Verwaltungsstelle für die Lehrtruppen Andernach“ prangt, gegenseitig in die Hand. Täglich rollen Lastwagen mit Mobilien und Ausrüstungsgegenständen ein.

In der Baracke 81, zu der Schilder mit roten Pfählen wei-

sen, arbeitet genau wie in Köln und Bonn eine Prüfgruppe, die sich der militärischen Prüflinge annimmt. Vor der Baracke mit der Aufschrift „Zahlstelle“ drängen sie sich. Hier gibt es Reisekosten.

### Keine Pension!

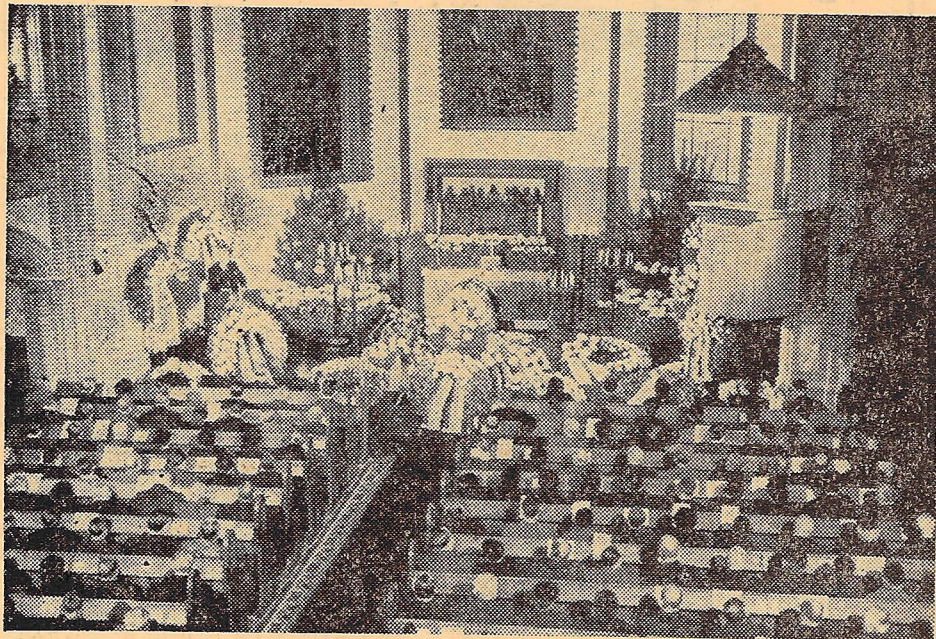
Bonn (AP). Das Bundesinnenministerium hat festgestellt, daß keine Pension irgendwelcher Art an die Witwe des ehemaligen Präsidenten des Volksgerichtshofes, Dr. Roland Freisler, gezahlt werde. Mit dieser Erklärung nahm das Ministerium zu Kritiken in der Presse Stellung. Es war berichtet wor-

den, daß die Witwe Freislers ab 1. Dezember eine monatliche Pension von 1200 DM erhalten soll.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Büxenstein, GmbH.



Staatsakt für den verstorbenen Bundesminister Tillmanns in der Zehlendorfer Pauluskirche. Die Beisetzung fand am Freitag voriger Woche auf dem Waldfriedhof in Nikolassee statt.